

Ein unvermeidlicher „Berufsunfall“ Die Abdankungen König Wilhelms II. von Württemberg und Großherzog Friedrichs II. von Baden im Spiegel der südwestdeutschen Presse*

Theresa Reich

Die Nachrichten über die Abdankung des Kaisers, die Revolution in Berlin sowie den Sturz weiterer Monarchen im Reich wirkten als Katalysator für revolutionäre Handlungen innerhalb Württembergs und Badens. Beide Monarchen, König Wilhelm II. von Württemberg und Großherzog Friedrich II. von Baden, waren nach revolutionären Aufständen und putschartigen Angriffen von ihren Residenzen vertrieben worden und hatten sich auf ihre im Umland liegenden Schlösser zurückgezogen. Mit der Flucht übergaben die Fürsten kampflos ihre Herrschergewalt an die neuen politischen Funktionäre. Die reibungslose Machtübergabe von einer konstitutionellen Monarchie zu einer demokratischen Republik wurde begleitet von den offiziellen Abdankungserklärungen König Wilhelms II. und Großherzog Friedrichs II. Die neuen provisorischen Regierungen drängten die alten Machthaber zu einer öffentlichen Thronentsagung, um ihre eigene Position zu stärken und das Entstehen eines Machtvakuum zu vermeiden. Mit ihrer Abdankung ermöglichten die Monarchen den neuen verfassungsgebenden Landesversammlungen völlige Entscheidungsgewalt und gaben mit dem Rückzug aus dem Staatsleben den Weg für die Volkssouveränität frei.

Die These, die deutschen Bundesfürsten hätten „sang- und klanglos“¹ im November 1918 ihren Thron verlassen, wie sie beispielsweise von dem Politikwissenschaftler Thomas Ellwein und dem Historiker Hagen Schulze formuliert wurde, galt lange als unbestrittenes Forschungsergebnis. Durchsucht man die südwestdeutsche Presse nach Berichten über die Abdankung der Monarchen, fällt auf, dass die Regenten alles andere als „sang- und klanglos“ verabschiedet wurden. Journalisten und Politiker des Großherzogtums Baden und des Königreichs Württemberg thematisierten umfangreich die Staatsumwälzung in den Medien. Auf den Titelseiten populärer Tageszeitungen wurde die Regierungszeit der Monarchen

* Folgende Abkürzung wird verwendet: HStAS: Landesarchiv Baden-Württemberg, Abt. Hauptstaatsarchiv Stuttgart.

¹ Thomas ELLWEIN, *Das Erbe der Monarchie in der deutschen Staatskrise. Zur Geschichte des Verfassungsstaates in Deutschland*, München 1954, S. 1; Hagen SCHULZE, *Weimar. Deutschland 1917–1933 (Die Deutschen und ihre Nation)*, Berlin 1994, S. 155–160; Michael HORN, *Zwischen Abdankung und Absetzung. Das Ende der Herrschaft der Bundesfürsten des Deutschen Reichs im November 1918*, in: *Thronverzicht. Die Abdankung in Monarchien vom Mittelalter bis in die Neuzeit*, hg. von Susan RICHTER/Dirk DIRBACH, Köln/Weimar/Wien 2010, S. 267–290, hier S. 268.

durch letzte Treuebekundungen gewürdigt und die fürstlichen Dynastien in Ehren gehalten. Die Zeitungen diskutierten über Ursachen für das Scheitern des monarchischen Obrigkeitssystems, lieferten erste Erklärungsversuche und benannten Verantwortliche, Schuldige und Helden.

Thronverzicht, Abdankung und Entlassung aus dem Treueid

Obwohl weder König Wilhelm II. noch Großherzog Friedrich II. eine offizielle Abdankung verkündet hatten, führten die neuen Regierungen in Baden und Württemberg unter ihren bisherigen Monarchen eine neue Staatsform ein. Parallel zum monarchischen Obrigkeitsstaat bestand wenige Tage eine Republik.

Nachdem König Wilhelm unter dem Druck der Ereignisse vom 9. November 1918 seine fürstliche Residenz, das Wilhelmspalais, verlassen hatte und unter Begleitschutz der neuen Regierung in sein Schloss Bebenhausen geflohen war, überließ er die Regierungsgeschäfte vorerst der neuen provisorischen Regierung, die sich unter der Führung des Sozialdemokraten Wilhelm Bloß (1849–1927) aus Mitgliedern der SPD, USPD und der Gewerkschaften zusammengesetzt hatte². Auch in Baden hatte sich eine neue Koalitionsregierung³ gegründet, die sich aus führenden Mitgliedern der Zentrums-Partei, der Liberalen und SPD unter der Führung des Sozialdemokraten Anton Geiß konstituiert hatte.

In beiden süddeutschen Ländern war die provisorische Führung bestrebt, ihren Machtausbau voranzutreiben und vor allem diesen abzuschließen. Folglich versuchte die neue Machtelite, die Regenten zur Abdankung zu bewegen, um ihre Position durch eine offizielle Abdankungsurkunde auf eine staatsrechtliche Grundlage zu stellen. Bisher hatte sie ihre Legitimation lediglich aus der Revolution geschöpft und musste sich vorab mit einem Provisorium abfinden⁴. Doch auch die Repräsentanten des alten monarchischen Herrschaftssystems hatten einen aus-

² Vgl. Günter CORDES (Bearb.), *Krieg, Revolution, Republik. Die Jahre 1918 bis 1920 in Baden und Württemberg. Eine Dokumentation*, Ulm 1978, S. 54; Paul SAUER, *Württembergs letzter König. Das Leben Wilhelms II.*, Stuttgart 1994, S. 75.

³ Die neue Fünf-Parteien-Regierung umfasste folgende politischen Kräfte: SPD, USPD, Zentrum, FVP (Fortschrittliche Volkspartei), NL (Nationalliberale). Maßgeblich an den Regierungsgeschäften beteiligt waren, neben dem Ministerpräsidenten Anton Geiß, Ludwig Marum (1882–1934) von der SPD als Justizminister und Ludwig Haas (1875–1930) von der FVP, der das Innenministerium übernahm. Vgl. Gerhard KALLER, *Baden in der Weimarer Republik*, in: *Handbuch der baden-württembergischen Geschichte*, Bd. 4: *Die Länder seit 1918*, hg. von Hansmartin SCHWARZMAIER und Meinrad SCHAAB, Stuttgart 2003, S. 23–72, hier S. 25; Martin FURTWÄNGLER (Bearb.), *Die provisorische Regierung. November 1918 - März 1919 (Die Protokolle der Regierung der Republik Baden)*, Bd. 1), Stuttgart 2012, S. XII.

⁴ Vgl. Lothar MACHTAN, *Die Abdankung. Wie Deutschlands gekrönte Häupter aus der Geschichte fielen*, Berlin 2008, S. 322; KALLER (wie Anm. 3), S. 23–72; FURTWÄNGLER (wie Anm. 3), S. XVIII; Hans FENSKE, *Baden 1860 bis 1918*, in: *Handbuch der baden-württembergischen Geschichte*, Bd. 3: *Vom Ende des Alten Reiches bis zum Ende*

geprägten Willen zur Machterhaltung und verharren selbst nach der Proklamation der Republik vorerst auf ihrem Thron und versuchten ihre Abdankung hinauszuzögern⁵.

Mit der Entlassung der königlichen Beamten aus ihrem Dienstverhältnis erreichte die provisorische Regierung unter Blos einen ersten Erfolg. Bevor König Wilhelm II. endgültig dem Thron entsagte, hatte er am 16. November die Beamten nach deren Bitte aus dem Treueid entlassen. Bereits am 6. November 1918 war diese Bitte an den König ergangen, als die Bildung eines neuen Ministeriums geplant wurde. *Unter diesen Umständen glauben wir im Interesse einer tunlichsten Sicherung der politischen Weiterentwicklung die Pflicht zu haben, die von Eurer Königlichen Majestät uns allergnädigst anvertrauten Ämter in die Hände Eurer Königlichen Majestät mit dem Ausdruck des tiefsten untertänigsten Dank zurückzulegen und um unsere Entlassung aus dem Königlichen Dienst zu bitten*⁶. Wie im schriftlichen Thronverzicht des deutschen Kaisers⁷ und in der Abdankungsurkunde des Großherzogs von Baden zu lesen war, sollte mit der Befreiung aus dem Treueverhältnis eine reibungslose Übergabe der Macht und Staatsgewalt an die vorläufige provisorische Regierung erfolgen. Großherzog Friedrich II. hatte *die Beamten, Soldaten und Staatsbürger ihres Treueids* entbunden, damit sie sich *bei der Vorbereitung der Wahlen zur verfassungsgebenden Versammlung* beteiligen konnten⁸. Weder die Monarchen noch die neuen provisorischen Regierungen wollten den Anschein erwecken, dass die Führung des Landes ungewiss sei. De facto besaßen die alten Regenten keinerlei Macht mehr und die Niederlegung der Krone als Symbol der Abdankung war lediglich eine Formalität⁹. Blos kommentierte vier Jahre später den Thronverzicht des württembergischen Königs und dessen machtpolitische Situation wie folgt: *Der ehemalige König von Württemberg verzichtete auf seine Kro-*

der Monarchie, hg. von Hansmartin SCHWARZMAIER, Stuttgart 1992, S. 133–233, hier S. 233.

⁵ Vgl. HORN (wie Anm. 1), S. 273; Winfried KLEIN, Der Monarch wird Privatier. Die Rechtsfolgen der Abdankung für den Monarchen und sein Haus, in: Thronverzicht (wie Anm. 1), S. 152–174, hier S. 152; SAUER (wie Anm. 2), S. 290; MACHTAN (wie Anm. 4), S. 329.

⁶ Rücktrittserklärung der württembergischen Regierung, 6. November 1918, HStAS E 14 Bü 487.

⁷ In der Urkunde zur Thronentsagung hatte der Kaiser alle Beamte und Offiziere des Treueids entbunden und von ihnen erwartet, daß sie bis zur Neuordnung des Deutschen Reichs den Inhabern der tatsächlichen Gewalt in Deutschland helfen, das deutsche Volk gegen die drohende Gefahr der Anarchie, der Hungersnot und der Fremdherrschaft zu schützen. Der schriftliche Thronverzicht des Kaisers, in: Stuttgarter Neues Tagblatt, Nr. 618 vom 30. November 1918, Mittagsausgabe, S. 1.

⁸ Urkunde über den Thronverzicht, Landesarchiv Baden-Württemberg, Abt. Generallandesarchiv Karlsruhe, 230 Nr. 154 Bild 3.

⁹ Vgl. Melanie SEIDENGLANZ, Die Abdankungserklärung – eine Textsorte der Zäsur und Diskurselement, in: Demokratiegeschichte als Zäsurgeschichte. Diskurse der frühen Weimarer Republik, hg. von Heidrun KÄMPER/Peter HASLINGER/Thomas RAITHE (Diskursmuster – Discourse Patterns, Bd. 5), Berlin [u. a.] 2014, S. 154–187, hier S. 158 f.

ne. Wir hatten dazu nicht gedrängt, da er faktisch die Gewalt nicht mehr besaß, und wir wußten, daß die Ereignisse diesen Verzicht von selbst bringen mußten¹⁰.

Besonders auf Seiten der Beamten herrschte ein Verlangen nach einer geklärten Rechtslage bezüglich des Dienstetds¹¹. Erst nachdem der König sie ihrer Pflichten entbunden hatte, war es den alten Eliten des Königreichs, wie beispielsweise dem ehemaligen Ministerpräsidenten Theodor Liesching, möglich, sich am Aufbau des republikanischen Staates zu beteiligen. Der königliche Verwaltungsapparat blieb also weitestgehend intakt und die Regierungsleitung war zu keinem Zeitpunkt vakant¹².

Während König Wilhelm noch in Verhandlungen mit der neuen Regierung verstrickt war, um möglichst viele Vorteile für sich und seine Dynastie zu erreichen, und sich vorerst nicht von Karl von Weizsäcker zu einer Thronentsagung überreden ließ, lenkte Friedrich II. am 22. November 1918 nach Beratungsgesprächen mit Johann Heinrich von und zu Bodman und Anton Geiß ein und dankte mit einer offiziellen Urkunde auf Schloss Langenstein im Hegau ab¹³. Er verzichtete für sich und stellvertretend für seinen Cousin Prinz Max von Baden und dessen Nachkommenschaft auf den Thron, mit der Begründung, dass er der neuen Bewegung zur Neugestaltung der staatsrechtlichen Verhältnisse *kein Hindernis*¹⁴ sein wolle.

Unter ähnlicher Begründung dankte schließlich der württembergische Monarch als einer der letzten Bundesfürsten am 30. November 1918 in seinem „Scheidegruß“¹⁵ ab¹⁶. König Wilhelm II. wollte *niemals ein Hindernis sein für die freie Entwicklung der Verhältnisse des Landes und dessen Wohlergehen*¹⁷. Die Monarchen ermöglichten der neuen Verfassungsgebenden Landesversammlung völlige Entscheidungsgewalt und gaben mit dem Rückzug aus dem Staatsleben den Weg für die Volkssouveränität frei¹⁸.

Die öffentliche Abdankung der Fürsten zog umfangreiche staatsrechtliche sowie zivilrechtliche Folgen nach sich. Beide Regenten verloren die Ausübung der Staatsgewalt und das Oberkommando über die Streitkräfte. Erst durch die offizielle Thronverzichtsurkunde erfolgte die Übernahme dieser Herrschaftsrechte durch

¹⁰ Wilhelm BLOS, Von der Monarchie zum Volksstaat. Zur Geschichte der Revolution in Deutschland insbesondere in Württemberg, Bd. 1, Stuttgart 1922, S. 48.

¹¹ Vgl. Des Kaisers Thronverzicht, in: Schwäbischer Merkur, Nr. 566 vom 1. Dezember 1918, S. 1; MACHTAN (wie Anm. 4), S. 322; SAUER (wie Anm. 2), S. 302–305.

¹² Vgl. CORDES (wie Anm. 2), S. 54; SAUER (wie Anm. 2), S. 302; MACHTAN (wie Anm. 4), S. 322; KLEIN (wie Anm. 5), S. 153.

¹³ Vgl. Urkunde über den Thronverzicht (wie Anm. 8), Bild 3 f.; MACHTAN (wie Anm. 4), S. 322, 329; CORDES (wie Anm. 2), S. 55.

¹⁴ Wie Anm. 8.

¹⁵ HStAS M 743/1 Bü 1 Bild 1.

¹⁶ Vgl. ebd.; SAUER (wie Anm. 2), S. 305; Eberhard NAUJOKS, Württemberg 1864 bis 1918, in: Handbuch der baden-württembergischen Geschichte, Bd. 3 (wie Anm. 4), S. 333–432, hier S. 432.

¹⁷ Wie Anm. 15.

¹⁸ Vgl. KLEIN (wie Anm. 5), S. 153.

die neue Regierung, die sich nun endgültig konsolidieren konnte¹⁹. In den schriftlichen Erlassen zur Abdankung standen die alten Regenten dem neuen Staatssystem positiv gegenüber und versicherten ihrem Volk, dass die politische Umstrukturierung zum Wohl des Landes sei. Indem die ehemaligen Herrscher in einer öffentlichen Erklärung ihren Segen zu der neuen Staatsform gaben, trugen sie zur Sicherung und Stabilität der politischen Verhältnisse bei²⁰.

Für die Monarchen war ein offizielles Schreiben, in dem sie ihren Rückzug aus den Staatsgeschäften bekannt gaben, die letzte Möglichkeit, aus ihrer misslichen Situation letzte Vorteile für sich und ihre Dynastie zu erzielen. Somit blieben ihre privaten Privilegien weitestgehend erhalten. Von den Regierungsverantwortlichen in Stuttgart wurde Wilhelm II. eine jährliche Rente von 200 000 Mark ab dem 1. Januar 1919 zugesichert. Außerdem erhielt er uneingeschränkte Verfügungsgewalt über sein Privateigentum, wie beispielsweise Schloss Bebenhausen. Die Nutznießung des Krongutes wurde ihm jedoch nicht länger gewährt. Friedrich II. erreichte in Verhandlungen mit den leitenden Staatsmännern ebenfalls einen Vermögensausgleich. Da die Monarchen nun Privatleute waren, hatten sie keine Kontrolle mehr über die herrschaftlichen Domänen, die in staatlichen Besitz übergingen. Großherzog Friedrich II. und König Wilhelm II. blieben als Privatiers Chefs ihrer dynastischen Herrscherhäuser, mussten allerdings ihre Titel ablegen²¹. So nahm König Wilhelm II. nach der Thronentsagung *den Namen und Titel eines Herzogs zu Württemberg*²² an.

Obwohl die revolutionäre Bewegung bereits abgeschlossen war und die neue Regierung sich zu konstituieren begann, konnten die Monarchen mit einem förmlichen Abdankungsschreiben ihren Machtverlust kaschieren. Die öffentliche Verzichtserklärung ermöglichte ihnen einen würdevollen Abgang. Es war zudem im Interesse der neuen württembergischen Regierung, den alten Regenten respektvoll zu verabschieden²³. Sie dankte *im Namen des Volkes dem Könige, daß er in allen seinen Handlungen von der Liebe zur Heimat und zum Volke getragen war und daß er durch seinen freiwilligen Verzicht dazu beigetragen hat, die Bahn für die freiheitliche Entwicklung zu ebnen*²⁴. Auch wenn der Rücktritt nicht freiwillig war, wurde dies von den neuen Machteliten in der Öffentlichkeit anders kommuniziert,

¹⁹ Vgl. ebd., S. 152 f.

²⁰ Vgl. Urkunde über den Thronverzicht (wie Anm. 8); Scheidegruß (wie Anm. 15); SAUER (wie Anm. 2), S. 302.

²¹ Vgl. MACHTAN (wie Anm. 4), S. 322, 332; Albrecht ERNST (Bearb.), Im Lichte neuer Quellen. Wilhelm II. – der letzte König von Württemberg. Katalog zur Ausstellung, Stuttgart 2015, S. 85; KLEIN (wie Anm. 5), S. 155, 171; Uwe OSTER, Die Großherzöge von Baden (1806–1918), Regensburg 2007, S. 219.

²² Thronverzicht des Königs. Vom 30. November 1918, in: Regierungsblatt für Württemberg, Nr. 23 vom 13. Dezember 1918, S. 263 f., hier S. 264.

²³ Vgl. FURTWÄNGLER (wie Anm. 3), S. XVIII; MACHTAN (wie Anm. 4), S. 329.

²⁴ Thronverzicht des Königs (wie Anm. 22).

um den Imageschaden des Königs so gering wie möglich zu halten. Sie verklärten seine Handlungsweise und stellten sie als heldenhaft und selbstlos dar²⁵.

Die Führungskräfte in Baden handhabten es nicht anders. Sie sahen den Grund für die staatspolitische Umwälzung in dem geopolitischen Handeln der Großmächte. *Die Änderung der Staatsform in Baden ist die Folge der weltpolitischen und gesamtdeutschen Entwicklung. Der Großherzog hat im Interesse des badischen Volkes die Forderungen aus der von ihm persönlich nicht verschuldeten Lage gezogen*²⁶.

Die Abdankung Großherzog Friedrichs II. und König Wilhelms II. im Spiegel der südwestdeutschen Presse

Bereits vor der offiziellen Abdankung war in den Zeitungen von den revolutionären Ereignissen zu lesen. Obwohl die Monarchen noch nicht zurückgetreten waren, verkündeten Blätter wie die „Schwäbische Tagwacht“, die „Süddeutsche Zeitung“, die „Schwäbische Chronik“ und das „Stuttgarter Neue Tagblatt“ enthusiastisch die Einführung der Republik²⁷. Die Leser der „Schwäbischen Tagwacht“ wurden anhand folgender Beschreibung von der Revolution in Kenntnis gesetzt: *Die Hauptstadt Württembergs, Stuttgart, befindet sich in den Händen der Revolution. Die militärische und bürgerliche Gewalt ist an die sozialdemokratischen Parteien und Gewerkschaften und die Soldaten übergegangen und wird von den berufenen Vertretern derselben ausgeübt. [...] Es lebe die siegreiche Revolution! Es lebe die soziale Republik*²⁸. Am 14. November 1918 gab die „Badische Presse“ bereits das Ende der Monarchie bekannt²⁹. *Großherzog Friedrich II. hat nicht warten mögen, bis die badische Nationalversammlung entschied, ob das alte Erbland fürder Republik werden oder die monarchische Staatsform weiter behalten sollte. [...] So gab Großherzog Friedrich II. ein fürstliches Beispiel der Selbstentsagung und Selbstäußerung aller Rechte, vor seinem Volk darzutun, wie ihm bis zum letzten Tage das Wohl des Landes höher stehe, als das Glück und der Ruhm seines Hauses. Er hat die Regierungsgewalt in die Hände der Beauftragten des Volkes ge-*

²⁵ Vgl. MACHTAN (wie Anm. 4), S. 329.

²⁶ Thronverzicht Großherzog Friedrich II., in: Badischer Beobachter, Nr. 546 vom 23. November 1918, Abendblatt, S. 1. Vgl. Adam REMMELE, Staatsumwälzung und Neuaufbau in Baden. Ein Beitrag zur politischen Geschichte Badens 1914/24, Karlsruhe 1925, S. 22 f.

²⁷ Vgl. Die Revolution in Württemberg, in: Schwäbische Tagwacht, Nr. 265 vom 10. November 1918, S. 1; Konrad HAUSSMANN, Die Umwälzung in Württemberg, in: Schwäbische Chronik, Nr. 543 vom 21. November 1918, Morgenblatt, S. 1; Aus Württemberg. Die Umwälzung in Stuttgart, in: Stuttgarter Neues Tagblatt, Nr. 570 vom 9. November 1918, Morgenausgabe, S. 3.

²⁸ Die Revolution in Württemberg (wie Anm. 27).

²⁹ Vgl. Baden freie Volksrepublik. Verzicht des Großherzogs auf die Ausübung der Regierungsgewalt, in: Badische Presse. Generalanzeiger der Residenz Karlsruhe und des Großherzogtums Baden, Nr. 534 vom 14. November 1918, Abendausgabe, S. 1.

legt und damit dem Volke selbst sich noch einmal in voller fürstlicher Würde gezeigt³⁰. Das dynastische Ende des badischen Herrscherhauses las die Presse aus der Verzichtserklärung des Großherzogs vom 13. November, in der er jedoch nur den vorläufigen Austritt aus den Regierungsgeschäften bekannt gab³¹. Innenminister Adam Remmele (1877–1951) bezeichnete in seiner Schrift „Staatsumwälzung und Neuaufbau in Baden. Ein Beitrag zur politischen Geschichte Badens“ aus dem Jahr 1924 den vorläufigen Verzicht *in staatsrechtlicher Hinsicht als Zwischenform einer Abdankung*³². Für die linksliberale „Badische Landeszeitung“ war mit diesem vorläufigen Rückzug Friedrichs II. ebenfalls das Ende der badischen Monarchie beschlossen. Sie berichtete, Baden sei *seit gestern nicht mehr Großherzogtum, sondern ein vom freien Volk regierter Staat, eine Republik. Mit dem Verzicht auf die Ausübung der Regierungsgewalt hat Großherzog Friedrich II. das beste Beispiel für sein Volk gegeben, er hat damit den Beweis geliefert, daß ihm das Wohl des Ganzen höher steht als seine eigenen Interessen*³³. Die konservativen, sozialdemokratischen und linksliberalen Journalisten der badischen Presse stellten den Großherzog durch ihre Bewertung des politischen Geschehens und ihre regierungskritische Haltung zum monarchischen Obrigkeitsstaat immens unter Druck und forderten indirekt eine offizielle Abdankung³⁴.

Als die alten Regenten dann offiziell ihre Abdankung verkündet hatten, berichteten die badische und die württembergische Zeitungslandschaft umfangreich darüber. Die politischen Zeitungen beider Staaten publizierten die offizielle Thronentsagung des Großherzogs sowie die des Königs³⁵. Häufig folgte darauf eine Einordnung der politischen Geschehnisse. Darüber hinaus wurde die Umstrukturierung der Staatsverhältnisse kritisch bewertet. Journalisten und Politiker versuchten Antworten auf die Revolution und das Ende der Monarchie zu finden. Die konservative Zeitung „Schwäbische Chronik“ veröffentlichte am 21. November 1918, also vor der öffentlichen Abdankung des württembergischen Königs, einen Beitrag des Demokraten Konrad Haußmann (1857–1922) mit dem Titel „Die Umwälzung in Württemberg“. Er erklärte den Wandel in Württemberg mit der Revo-

³⁰ Ebd.

³¹ Der endgültige Thronverzicht Großherzog Friedrich II., in: Karlsruher Tagblatt, Nr. 326 vom 24. November 1918, S. 3.

³² REMMELE (wie Anm. 26), S. 25.

³³ Zitiert nach Zum Thronverzicht des Großherzogs, in: Karlsruher Zeitung. Badischer Staatsanzeiger, Nr. 268 vom 16. November 1918, S. 3.

³⁴ Vgl. FURTWÄGLER (wie Anm. 3), S. XX; CORDES (wie Anm. 2), S. 54.

³⁵ Vgl. Der Thronverzicht des Königs, in: Schwäbische Tagwacht, Nr. 284 vom 2. Dezember 1918, S. 1; Thronverzicht des Königs, in: Schwäbische Chronik, Nr. 365 vom 30. November 1918, Abendblatt, S. 1; Württemberg. König Wilhelms Abschied vom württembergischen Volk, in: Der Beobachter, Nr. 283 vom 2. Dezember 1918, S. 2f. Die südwestdeutsche Presse veröffentlichte unter anderem die Abdankung des Kaisers sowie die weiterer Bundesfürsten: Der schriftliche Thronverzicht des Kaisers (wie Anm. 7); Abdankung des Kaisers, in: Schwäbischer Merkur, Nr. 529 vom 9. November 1918, S. 1; Thronverzicht des Fürsten von Waldeck, Thronverzicht des Königs von Sachsen, Thronverzicht des Königs von Bayern, in: Badische Presse, Nr. 533 vom 14. November 1918, Mittagsausgabe, S. 2.

lution auf Reichsebene, welche auf die Fürstentümer einwirke. Haußmann gab die Schuld nicht nur Kaiser Wilhelm II., sondern allen wichtigen Funktionären des Reichstages, die zögernd gehandelt und damit die revolutionäre Spannung in der Bevölkerung ausgelöst hätten³⁶. Ähnliche Meinungen wurden in den darauffolgenden Tagen im „Stuttgarter Neuen Tagblatt“, in der „Schwäbischen Tagwacht“, in der „Schwäbischen Chronik“ und auch in der Zeitung „Der Beobachter“ propagiert³⁷. Das Organ der SPD, die „Schwäbische Tagwacht“, repräsentierte das Meinungsbild des sozialdemokratischen Lagers. In einem Bericht mit dem Titel „Der Thronverzicht des Königs“, erschienen am 2. Dezember 1918, wurden das Verhalten König Wilhelms II. von Württemberg sowie seine fürstliche Position verteidigt: *Der König ist kein Hemmnis des politischen Fortschritts im Lande gewesen, hat vielmehr bei verschiedenen Gelegenheiten Hindernisse der freien Entwicklung hinwegräumen helfen. Die revolutionäre Bewegung richtete sich daher auch nicht im geringsten gegen seine Person, sondern gegen das monarchische System, das unter Wilhelm II. von Hohenzollern Bankrott gemacht hat. Dem bisherigen Reichsoberhaupt haben es die Fürsten der Bundesstaaten zu danken, daß sie mit in den Sturz hineingerissen wurden*³⁸.

Die Berichtersteller waren sich einig darüber, dass nicht die Regierungsweise des Monarchen zu dessen Sturz geführt hätte, sondern die allgemeine revolutionäre Bewegung im Reich. Für das Ende der Monarchie wurde allein das wilhelminische System verantwortlich gemacht. Die Fürsten seien lediglich Repräsentanten und Funktionäre des Obrigkeitsstaats gewesen, der unter dem Druck außenpolitischer Einflüsse zusammengebrochen sei³⁹. Die „Schwäbische Tagwacht“ erklärte die Abdankung König Wilhelms II. als *Berufsunfall, den er nicht vermeiden konnte*⁴⁰. Die liberale Zeitung „Der Beobachter“ ordnete den Sturz des Königreichs Württemberg ebenfalls als Begleitschaden in den revolutionären Kontext des Reiches ein. Sie schrieb am 2. Dezember 1918: *Nur die mächtigste Sturmflut, die vom deutschen Vorstaat, von Preußen, ausging und hier aus tieferliegende[n] Erregungsursachen entstanden war, mußte, über die schwarzroten Grenzpfähle flutend, auch hier ein System stürzen, das in seiner uneinsichtigen Rückständigkeit außerhalb Württembergs unhaltbar geworden war. Daß der Einsturz dann auch noch festere und gesündere Nachbargebäude in die Katastrophe mit hereinzog, war eine tragi-*

³⁶ HAUSSMANN (wie Anm. 27).

³⁷ Der schriftliche Thronverzicht des Kaisers (wie Anm. 7); Der Thronverzicht des Königs (wie Anm. 35); Thronverzicht des Königs (wie Anm. 35); Württemberg. König Wilhelms Abschied vom württembergischen Volk (wie Anm. 35).

³⁸ Der Thronverzicht des Königs (wie Anm. 35).

³⁹ Vgl. ebd.; Württemberg. König Wilhelms Abschied vom württembergischen Volk (wie Anm. 37); Klaus SCHÖNHOFEN, Die republikanische Revolution 1918/19 in Baden und in Württemberg, in: Die großen Revolutionen im deutschen Südwesten, hg. von Hans-Georg WEHLING/Angelika HAUSER-HAUSWIRTH (Schriften zur politischen Landeskunde Baden-Württembergs, Bd. 27), Stuttgart [u. a.] 1998, S. 99–117, hier S. 103; HORN (wie Anm. 1), S. 267.

⁴⁰ Der Thronverzicht des Königs (wie Anm. 35).

sche Notwendigkeit⁴¹. „Der Beobachter“ als Organ der württembergischen Volkspartei äußerte hier indirekt Kritik am nicht mehr zeitgemäßen monarchischen Staat und bekundete die Notwendigkeit einer staatlichen Erneuerung. Gleichzeitig enthielt sich die Zeitung jeglicher Schuldzuweisung an den Fürsten. Weiter schrieb sie: *Das schwäbische Volk wird seinem voraussichtlich letzten König die Anerkennung nie versagen, daß er ein durchaus konstitutionell regierender Fürst war, den eine separate Revolution im Lande nie beseitigt hätte*⁴².

Persönliche Angriffe auf König Wilhelm II. oder gar Kritik an seinem Regierungsstil konnten bei der Durchsicht der württembergischen Zeitungen nicht gefunden werden. Im Gegenteil: Der württembergische Regent wurde mit Lobpreisungen aus seiner Regierungszeit entlassen. Die Zeitungen wie auch die provisorische Regierung bemühten sich, dem Monarchen einen prestigeträchtigen Abgang zu verschaffen. Ihm persönlich wurden Anerkennung und Hochachtung entgegengebracht. Nicht nur die konservativ geprägten Blätter, sondern auch diejenigen mit sozialdemokratischer Ausrichtung rekapitulierten und lobten in gefühlsbetontem und untertänigem Stil die 27 Regierungsjahre⁴³. Das „Stuttgarter Neue Tagblatt“ ließ in seiner Abendausgabe am 30. November 1918 verlauten: *König Wilhelm hat nie etwas anderes gewollt als das Beste seines Volkes. Er ist jedem besonnenen Fortschritt offen gewesen. Blüte und Wohlstand war das Kennzeichen seiner Regierungsjahre. Nie hat er die Krone als einen Schmuck betrachtet, der seine eigne Person über die andern hinausheben soll. Auch ihm war Königsamt ein Dienst am Volke. Bis auf die Kleinigkeiten der Lebensführung, ja bis auf die Brot- und Milchkarte hinaus hat er sich als Bürger unter Bürgern gefühlt. Eben darum fällt uns auch der Abschied zu schwer*⁴⁴. Die durchweg positive Berichterstattung über die Regierungszeit des württembergischen Herrschers lag in seinem Amt begründet. Die Darstellung als selbstloser und schützender Regent, Landesvater und weitere patriarchalische Bekundungen gehörten seit jeher zum fürstlichen Herrschaftsverständnis. Allein durch diese Beschreibungen lassen sich keine Aussagen über die Person Wilhelms oder seine Regierungskompetenzen treffen⁴⁵. Die „Süddeutsche Zeitung“ verurteilte den Verlauf der Revolution und bewertete ihn als ungerecht,

⁴¹ Württemberg. König Wilhelms Abschied vom württembergischen Volk (wie Anm. 37), S. 2.

⁴² Ebd., S. 2 f.

⁴³ *Mit König Wilhelm II., der nun ganz ins Privatleben getreten ist, hat das Schwabenland einen seiner besten Herrscher verloren. Wehmut und Staunen erfüllt das Herz, wenn man sich vergegenwärtigt, daß auch ein König, der nie etwas anderes gesucht hat, als das Glück seines Volkes, der volkstümlich dachte in jeder seiner Regungen und der auch die Volkstümlichkeit besaß im ganzen Lande, am Abend seines Lebens Haß und Undank in dieser Form kennen lernen mußte.* Thronverzicht des Königs (wie Anm. 35).

⁴⁴ Thronverzicht Wilhelm II., in: Stuttgarter Neues Tagblatt, Nr. 610 vom 30. November 1918, Abendausgabe, S. 1.

⁴⁵ Vgl. Wilhelm HOFFMANN, Erinnerungen an und um König Wilhelm II. von Württemberg. Anlässlich seines 60. Todestages am 2. Oktober 1981, in: Zeitschrift für württembergische Landesgeschichte 42 (1983), S. 304–321, hier S. 312.

ebenso wie ihre konservativ-christlichen Kollegen des „Deutschen Volksblattes“. Der Vorwurf lautete, die Revolution sei nicht nach dem mehrheitlichen Willen des Volkes vollzogen worden⁴⁶.

Eine differenzierte Meinung vertrat indessen das kommunistische „Mitteilungsblatt des Arbeiterrats von Stuttgart und Württemberg“, die „Rote Fahne“. Die linksorientierte Zeitung begrüßte die Revolution und würdigte sie als Verdienst der Arbeiter und Soldaten. Ihnen sei es gelungen, sich aus dem *Gewaltregiment*⁴⁷ zu befreien und den langersehnten Frieden herbeizuführen. In dem Artikel „Die ganze Macht den Arbeiter- und Soldatenräten“ liest sich die Revolution wie ein längst überfälliger Prozess, der sich nun als Folge des Krieges beschleunigte⁴⁸. In einem weiteren Bericht mit dem Titel „Revolte oder Revolution“ wurden explizit die Kriegsfolgen und die Unterdrückung der Soldaten durch den Militarismus als Ursache aufgezählt. Doch die Hauptgründe lagen nach Meinung des kommunistischen Organs weder im Militarismus noch in der *alten bürokratischen, halbabsolutistischen Staatsform*, sondern darin, dass *Krieg und Belagerungszustand, Hungersnot und Polizeiwillkür, all das unsagbare Elend, das sie 4 1/4 Jahre lang getragen, eine Folge der bestehenden kapitalistischen Gesellschaftsordnung [war], jenes Wirtschaftssystems, das aufgebaut [war] auf planloser Gütererzeugung und der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen*. Deshalb hätten die Arbeiter- und Soldatenräte zunächst *mit dem Davonjagen einiger Monarchen und Minister* begonnen, um daraufhin Schritt für Schritt eine *soziale Republik* aufzubauen⁴⁹. Den Monarchen wurden nur wenige Vorwürfe gemacht. Ihnen schrieben die Sozialisten lediglich eine Mitverantwortung zu, wie beispielsweise in folgendem Abschnitt zu lesen war: *Mitschuldig an dem Zusammenbruch der deutschen Volkswirtschaft, mitschuldig an dem vierjährigen ungeheuerlichen Kriegselend, an dem Meere des unnütz vergossenen Blutes, an dem unermesslichen Leiden und Elend und an der noch viel größer drohenden Not, sind nicht nur die landesflüchtigen Fürsten mit ihren militärischen Gewalthabern, sondern die bürgerlichen Parteien, die sich entweder der Diktatur fügten oder sie gar noch unterstützten*⁵⁰. Selbst innerhalb der sozialistischen Ermittlungsstrategie wurden die monarchischen Fürsten mit ihrer *alten bürokratischen, halbabsolutistischen Staatsform*⁵¹ nicht zum Hauptschuldigen für ihren eigenen Sturz erklärt. Die Redaktion der „Roten Fahne“ ordnete den Machtwechsel in ein komplexeres Erklärungsmuster ein, in der die sogenannte Rechtssozialdemokratie, das kapitalistische System, die Ausbeutung

⁴⁶ 75 Jahre deutsches Volksblatt, in: Deutsches Volksblatt, S. 5 f.; Was die bürgerliche Presse dazu sagt, in: Schwäbische Tagwacht, Nr. 284 vom 2. Dezember 1918, S. 1.

⁴⁷ Willi MÜNZENBERG, Die ganze Macht den Arbeiter- und Soldatenräten, in: Die Rote Fahne. Mitteilungsblatt des Stuttgarter Arbeiter- und Soldatenrates, Nr. 3 vom 16. November 1918, S. 1 f., hier S. 1, HStAS P 2 Bü 12.

⁴⁸ Ebd.

⁴⁹ Edwin HOERNLE, Revolte oder Revolution, in: Die Rote Fahne, Nr. 10 vom 25. November 1918, S. 1, HStAS P 2 Bü 12.

⁵⁰ Wie Anm. 47.

⁵¹ Wie Anm. 49.

des Proletariats und die damit einhergehende Befreiung aus dieser Unterdrückung eine weitaus größere Rolle spielten als die landesflüchtigen Fürsten⁵². Da sie für den weiteren politischen Verlauf unbedeutend waren, wurde ihnen folglich keine größere Plattform geboten. Stattdessen beschuldigte das linksorientierte Blatt stärker das Bürgertum, das die Revolution erschwert und behindert habe⁵³.

Die Presse in Baden gliederte, wie die konservativen Zeitungen aus dem württembergischen Raum, die Abdankung des Großherzogs in die weltpolitischen Geschehnisse ein. Die „Badische Presse“ und das „Karlsruher Tagblatt“ verbreiteten die Nachricht vom unverschuldeten und selbstlosen Rücktritt des Monarchen, der für das Wohl des Landes seine eigenen Bedürfnisse zurückgestellt habe⁵⁴. Die „Badische Presse“, der konservativ geprägte und regierungskonforme Generalanzeiger der Residenz Karlsruhe und des Großherzogtums Baden, gab bekannt: *Nicht eigenes Verschulden führte im badischen Lande den Fürsten von seinem Thron. Der weltpolitischen und gesamtdeutschen Entwicklung allein, deren sich Baden nicht entziehen konnte, entsprach es, wenn auch Großherzog Friedrich die Folgerungen zog*⁵⁵. Das Hauptorgan der badischen Zentrumsparterie, der „Badische Beobachter“, stand der Revolution ablehnend gegenüber und verurteilte die politische Umwälzung, die nicht durch die badische Bevölkerung erfolgt, sondern allein unter dem Druck der außenpolitischen Verhältnisse entstanden sei. Im Abendblatt des „Badischen Beobachters“ vom 23. November 1918 konnten sich die Zeitgenossen über folgende Berichterstattung informieren: *Wahrhaftig nicht leichten Herzens bringen wir diese Proklamation vom Thronverzicht unseres Großherzogs und des Thronfolgers. Sprechen wir es einfach und offen aus: Nicht das Wohl des Landes und seiner Bevölkerung hat diesen Akt herbeigeführt, sondern der Druck von Verhältnissen, die mächtiger sind als wir*⁵⁶. Weitere Lobpreisungen und Bekundungen der Herrschaftstreue wurden in diesen ereignisreichen Tagen in der sozialdemokratischen „Freiburger Zeitung“ abgedruckt. Die tugendhaften Charaktereigenschaften der badischen Herrscherfamilie wurden öffentlich inszeniert: *Kein anderes deutsches Fürstenhaus [...] hat seine Wurzeln so tief in das Volk gesenkt, als das badische. Die Erinnerung an Friedrich I., der gütige und pflichttreue Charakter Friedrich II., die verehrungswürdige Gestalt der alten Großherzogin Luise, dieses Symbols deutscher Fürstinentugend und werktätigen Christentums, die jahrzehntelang und in höchstem Ausmaß während des Krieges ein Quell des Trostes und der Hilfe war, die glänzende Gestalt des Prinzen Max [...], das sind Gestalten und Leistungen, auf die*

⁵² Geheimdiplomatie und Revolution, in: Die Rote Fahne, Nr. 11 vom 26. November 1918, S. 1, HStAS P 2 Bü 12.

⁵³ Edwin HOERNLE, Die Scheidung der Geister, in: Die Rote Fahne, Nr. 8 vom 22. November 1918, S. 1, ebd.

⁵⁴ Die endgültige Thronentsagung des Großherzogs. Thronverzicht Großherzog Friedrichs II. von Baden, in: Badische Presse, Nr. 459 vom 23. November 1918, Mittagsausgabe, S. 1; Der endgültige Thronverzicht Großherzog Friedrich II. (wie Anm. 31).

⁵⁵ Die endgültige Thronentsagung des Großherzogs (wie Anm. 54).

⁵⁶ Thronverzicht Großherzog Friedrich II. (wie Anm. 26).

jeder Badener mit Stolz und Dankbarkeit zu blicken niemals aufhören wird⁵⁷. Unmittelbar nach dem Untergang des monarchischen Systems prägte die südwestdeutsche Tagespresse die öffentliche Erinnerungskultur an die fürstlichen Regenten und legte damit den Grundstein für den Mythos der „guten Fürsten“.

Während die meisten politischen Nachrichtenblätter unter dem Abdruck der offiziellen Thronverzichtserklärung Großherzog Friedrich II. eine allgemeine Einordnung und letzte Worte der Huldigung verfassten, verzichtete das „Staufener Wochenblatt“, das „Verkündigungsblatt“ des Amtsbezirks Staufen im Breisgau, darauf und publizierte allein die Abdankungsurkunde auf Seite drei⁵⁸. Diese fürstlichen Nachrichten reihten sich unter der Rubrik „Neuigkeiten aus Baden“ hinter den internationalen Berichten ein und schafften es nicht auf das Titelblatt. Welchen Stellenwert die Abdankung für die Redaktion hatte, lässt sich nur schwer vermuten. Jedoch wurde die Brisanz der Meldung zumindest nicht überschätzt. Auch das „Karlsruher Tagblatt“ platzierte die großherzogliche Kundgebung auf Seite drei, nach den Berichten aus Deutschland und Europa.

Im Gegensatz zu den württembergischen Kollegen bewertete die badische Presse die Politik des Großherzogs durchaus kritischer, denn neben den allgemeinen Lobpreisungen lassen sich auch negative Äußerungen finden. Diese wurden überwiegend von den sozialdemokratisch orientierten Nachrichtenorganen veröffentlicht. Die Mannheimer sozialdemokratische Zeitung „Volksstimme“ unterzog das monarchische Amt Friedrichs II. einem scharfen Urteil. Wie Lothar Machtan in seiner Studie herausarbeitete, urteilte die Zeitung über den badischen Monarchen, er sei *ein politisch toter Mann, ein historisch durchaus unwichtiger zudem*⁵⁹. Das „Karlsruher Tagblatt“ kritisierte in einem Kommentar vom 24. November 1918 unter der Überschrift „Der endgültige Thronverzicht Großherzog Friedrich II.“: *An das badische Volk!* die zögernde Haltung des Großherzogs und fragte, ob mit einem frühzeitigeren Rücktritt und einer früheren Entbindung der Beamten von ihrem Treueid größere Verwirrungen zu vermeiden gewesen wären⁶⁰.

Resümee

Die südwestdeutsche Presselandschaft berichtete umfangreich über das Ende der Monarchie. Bereits vor dem offiziellen Thronverzicht verkündeten die sozialdemokratischen Zeitungen überschwänglich und enthusiastisch die Einführung der Republik. Doch auch wenn sie der neuen Regierungsform positiv gegenüberstanden, bekundeten alle untersuchten Zeitungen unabhängig von ihrer politischen Aus-

⁵⁷ Thronverzicht Großherzog Friedrichs II., in: Freiburger Zeitung, Nr. 321 vom 24. November 1918, S. 1.

⁵⁸ Neuigkeiten aus Baden, in: Staufener Wochenblatt. Verkündigungs-Blatt für den Amtsbezirk Staufen, Nr. 184 vom 26. November 1918, S. 3.

⁵⁹ Vgl. MACHTAN (wie Anm. 4), S. 330.

⁶⁰ Wie Anm. 31.

richtung ihre Trauer über den Rücktritt der alten Regenten. Die Verbindung zwischen fürstlichem Herrscherhaus und untertänigem Volk wurde besonders von konservativen Journalisten hervorgehoben. Auffällig war der gefühlsbetonte und ehrfürchtige Schreibstil, den die Zeitungen wählten. Damit versuchten sie die alten Herrscher würdevoll aus ihrer Position zu verabschieden, um ihnen einen prestigeträchtigen Abgang zu verschaffen. Jedoch ist in diesem Zusammenhang die traditionelle untertänige Beziehung der Bevölkerung zur Obrigkeit zu berücksichtigen. Seitdem das öffentliche Massenmedium breite Anwendung fand, wurde es für die Herrschaftspräsenz inszeniert und galt als Instrument für die öffentliche Ausgestaltung der Macht. Die Zeitungen spiegelten also nur die Selbstdarstellung der Fürsten wider. Den Bruch mit dem monarchischen Obrigkeitsstaat zu verurteilen war zumindest für die konservativen Blätter zur Pflicht geworden.

Die badische Presse war kritischer und hinterfragte die Position und Politik des Großherzogs im Kontext der revolutionären Ereignisse, noch bevor dieser seine Abdankung veröffentlicht hatte. Wenngleich die badischen sozialdemokratischen Tageszeitungen eine kritische Haltung zu Friedrich II. als Großherzog vertraten, wurde seine Person nicht angegriffen. Zudem waren negative Berichte eher selten. In beiden Ländern wurden unterschiedliche Zeitpunkte gewählt, um über das Ende der Monarchie zu berichten. Während die württembergische Presse bis zur offiziellen Thronentsagung abwartete, verkündeten badische Zeitungen bereits nach dem vorläufigen Regierungsverzicht des Großherzogs seinen Rücktritt und das Ende der Zähringerdynastie. Die Journalisten ordneten die Staatsumwälzung in den weltpolitischen Kontext ein und leiteten Kausalitätsketten her: Der Hauptgrund für den Bruch der alten Herrschaftsstrukturen sei das wilhelminische Monarchiesystem gewesen. Dadurch, dass der Kaiser abdankte und sich aus der Staatswelt zurückzog, löste er eine Umsturzbewegung aus, die die übrigen Fürsten im Reich erfasste. Diese waren lediglich Repräsentanten des monarchischen Obrigkeitsstaates, der nun unter dem Druck außenpolitischer Einflüsse in sich zusammenfiel.